



Antwort zur Anfrage Nr. 0200/2014 der Sonstige Mitglieder betreffend **"Business Improvement District" (BID für das Quartier "Mainzer Mitte am Neubrunnen" (persönliche Anfrage von Gerhard Walter-Bornmann))**

Die Anfrage wird wie folgt beantwortet:

- 1. Hat ein Mitglied des Stadtvorstandes in dessen Auftrag in Folge des im Stadtrat beschlossenen Änderungsantrages der Ampelkoalition (Vorlage-Nr. 1861/2011/1) vom 2. November 2011 Kontakt mit der Landesregierung aufgenommen, um eine Klärung der Frage zu erreichen, ob die Grundlagen zur Einrichtung von BID's in der Kommunalpolitik auf Landesebene geschaffen werden sollen?**

Zu 1.)

Bereits vor dem am 2. November 2011 im Stadtrat behandelten Antrag „Mainzer City weiter entwickeln“ wurde der Business Improvement District im Stadtrat thematisiert.

Der erste Antrag stammt aus dem Jahr 2008. Was der damals zuständige Baudezernent dazu veranlasst hatte, ist dem Wirtschaftsdezernat nicht bekannt.

In der Stadtratssitzung vom 10.02.2010 stellten die Stadtratsfraktionen SPD, Bündnis 90 / DIE GRÜNEN und FDP die Fraktion der GRÜNEN den Antrag 0303/2010/2 sowie die CDU mit einem Änderungsantrag „Verbindliche Zusammenarbeit für die Gaustraße“ in dem die Verwaltung aufgefordert wurde, Modelle verbindlicher Zusammenarbeit der Grundstücks- und Immobilieneigentümer der Gaustraße durch gemeinsame Investitionen zu prüfen. Bei dem dann von der Verwaltung initiierten und organisierten „Runden Tisch Gaustraße“ wurde u.a. abschließend im Protokoll festgehalten, dass eine Befragung der Teilnehmenden ergab, dass für eine verbindliche Zusammenarbeit in Orientierung am Business Improvement District wenig Interesse bestand.

Die Verwaltung befasst sich permanent mit der Thematik BID. So hat der Wirtschaftsdezernent gemeinsam mit dem Oberbürgermeister im Oktober 2012 die BIDs Neuer Wall, Große Bleichen, Hohe Bleichen und Dammtorstraße in Hamburg besucht und Gespräche mit den dortigen Organisatoren geführt.

Kein Mitglied des Stadtvorstandes hat in Folge des im Stadtrat beschlossenen Änderungsantrages der Ampelkoalition (Vorlage-Nr. 1861/2011/1) vom 2. November 2011 Kontakt mit der Landesregierung aufgenommen, um eine

Klärung der Frage zu erreichen, ob die Grundlagen zur Einrichtung von BIDs in der Kommunalpolitik auf Landesebene geschaffen werden sollen.

Bis vor kurzem bestand bei den Immobilienbesitzern in der Mainzer Innenstadt offenbar kein Interesse an einem BID. Durch die konkreter werdende Ansiedlung des ECE- Einkaufsquartier scheint jedoch ein Umdenken bei den Immobilienbesitzern und Händlern eingesetzt zu haben. Die Einstellung, sich mancherorts in der Mainzer Innenstadt zusammen zu schließen, um eine gemeinsame Attraktivitätssteigerungen zu bewirken ist, ist zwischenzeitlich gereift.

**2. Wenn ein solcher Kontakt mit der Landesregierung zu diesem Thema aufgenommen worden sein sollte frage ich, an welchem Datum ein solches Gespräch mit der Landesbehörde geführt worden ist?**

Zu 2.)

Brieflicher Kontakt mit der Landesregierung wurde seitens des Wirtschaftsdezernats am 7. Januar 2014 aufgenommen. Eine Antwort der Landesregierung steht noch aus. Somit sind auch noch keine Gespräche in Planung.

**3. Im Bericht der Allgemeinen Zeitung vom 10.1.14 wird der Stadtentwicklungsdezernent mit den Worten zitiert: „Auf mich sind Mainzer Händler mit der Idee (als Idee scheint die Einrichtung eines „BID Mainzer Mitte am Neubrunnen“ gemeint zu sein; Anm. des Anfragenden) zugegangen, die ich gut finde.“ Wann (Datumsangabe nach Monat und Jahr) haben die Mainzer Händler ihn auf diese „Idee“ aufmerksam gemacht?**

Zu 3.)

Gespräche bei verschiedenen Anlässen im Laufe des 2. Halbjahres 2013. Gespräch im Dezernat am 9. Januar 2014, 10.00 Uhr.

**4. Wurde die Initiative des Stadtentwicklungsdezernenten, die er in der AZ vom 10.1.14 mitgeteilt hat, im Stadtvorstand abgestimmt und wenn dem so war, wann hat der Stadtvorstand darüber beraten?**

Zu 4.)

Es ist nicht Usus, jedes laufende Geschäft der Verwaltung im Stadtvorstand abzustimmen. Ferner waren für die Initiative, die Landesregierung anzusprechen, keine Beschlüsse herbeizuführen. Erst wenn es eine gesetzliche Grundlage in Rheinland-Pfalz gibt und die Stadt Mainz sich mit der Gründung konkreter BIDs befassen kann, sind entsprechende Verwaltungsvorlagen im Stadtvorstand abzustimmen.

Mainz, 12.02.2014

gez.  
Christopher Sitte  
Beigeordneter

